

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
10980.

Die Gewerbegeossenschaft
proponiert die alte Idee
der Einheitspresse, d. h.
der Zusammenlegung von
«Liechtensteiner Vaterland»
und «Liechtensteiner Volksblatt»
(17.3.).

Die Zeitung «Der Umbruch»
erscheint als «Kampfblatt der
Volksdeutschen Bewegung in
Liechtenstein» (5.10.).



«Der Umbruch. Kampfblatt der
Volksdeutschen Bewegung in
Liechtenstein». Die Zeitung er-
schien 1940–1943.

rungen anbelangte. Und die Bürgerpartei? Ihre Exponenten versuchten zwar, Widerstand zu leisten. Sie machten aber teilweise einen hilflosen und ideen-
armen Eindruck. Wenn sie die Volksparteier als «Beckianer» bezeichneten, so
tönte es sogleich zurück: «Nipplianer». Und auf Vorwürfe des Volksblattes, die
Volkspartei sei Dr. Beck hörig, antworteten die «Obersrheinischen Nachrichten»,
dass die Volkspartei nicht Dr. Beck angehöre, sondern Dr. Beck der Volkspartei.
Die Bürgerpartei stand ihrem politischen Gegner teilweise wie gebannt gegen-
über und starrte manchmal ängstlich und erschreckt auf die für sie bedrohlich
wirkende Volkspartei, die anscheinend durch nichts mehr aufzuhalten war.

Josef Peer schrieb am 11. Juni 1920 ein Promemoria über die in Liechtenstein
herrschenden Zustände. Darin beklagte er, dass es der Regierung an Autorität
und Machtmitteln fehle. Er befürchtete sogar, dass die Zustände in Liechtenstein
«einer Art von Anarchie» zutrieben. Das Grundübel für diesen Zersetzungspro-
zess, wie Peer es nannte, sah er darin, dass seit Jahrzehnten Männer an die
Spitze der Regierung berufen worden seien, welche die Mentalität der Bevölke-
rung nicht näher gekannt hätten. Die in «österreichischen Präsidialbureaus
gelehrte und gelernte Regierungskunst» verfange gegenüber den Alemannen
nicht, wie die Entwicklung der Dinge in Vorarlberg zur Genüge gezeigt habe. Dies
äusserte Josef Peer ausgerechnet gegenüber Prinz Eduard von Liechtenstein.

Die Volkspartei scheute sich auch nicht mehr, kritische Bemerkungen mit teil-
weise drohenden Untertönen an die Adresse des Fürsten selbst zu richten. Am
10. Juli 1920 enthielt ein Artikel in den «Obersrheinischen Nachrichten» zur
«Landes- und Weltpolitik» die Bemerkung: «...Zum Wohlergehen des Landes
gehört andererseits, dass man sich im Fürstenhaus wie an anderen Stellen den
demokratischen Forderungen der Neuzeit nicht verschliesst und dem Volke und
seiner Vertretung mehr Rechte freiwillig einräumt ... Besser ist es, friedlich und
schiedlich die Volksforderungen verfassungsgemäss festzusetzen, als ihnen
sonst den Durchbruch zu verschaffen. Darüber besteht kein Zweifel mehr, dass